

6. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lausitz 2030: Den notwendigen Strukturwandel systematisch gestalten – Bundes-Mittel für Strukturförderung weise nutzen

Der Landtag stellt fest:

Der menschengemachte Klimawandel gehört zu den größten globalen Bedrohungen unserer Generation. Um ihn zu begrenzen, muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase in den kommenden Jahren weltweit und so auch in Deutschland und Brandenburg stark reduziert werden. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem effizienteren Einsatz von Energie bedeutet das das Ende der fossilen Energieträger. Für die Lausitz bedeutet es den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft.

Einen solchen tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel können weder die Region noch die betroffenen Bundesländer alleine stemmen. Im Koalitionsvertrag wurden 1,5 Mrd. Euro für die Strukturwandel-Gestaltung festgeschrieben. Der Landtag geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass die auf Bundesebene tagende Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (kurz: Kohlekommission) Bundesregierung und Bundestag empfehlen wird, für einen längeren Zeitraum auskömmliche Mittel zur Gestaltung des kohleausstiegsbedingten Strukturwandels zur Verfügung zu stellen.

Neben neuen wirtschaftspolitischen Impulsen sollen auch weit darüber hinausgehende Maßnahmen in weiteren Bereichen unterstützt werden. Um die Lausitz auch zukunftsfest zu gestalten, braucht es ein gesundes Zusammenspiel aus Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur, Kunst, Kultur, gelebter Traditionen und der Unterstützung von Kommunen und Zivilgesellschaft.

Der Bund, die regionalen Akteure und das Land sollten daher frühzeitig eine passgenaue Lösung erarbeiten. Die Landesregierung ist als maßgeblicher Akteur gefordert, die Voraussetzungen für einen systematischen und zielgerichteten Einsatz aller Mittel für den Strukturwandel in der Lausitz zu schaffen.

Der Landtag beschließt:

Schaffung des rechtlichen Rahmens für einen Strukturwandelfonds

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für die Einrichtung eines Strukturwandelfonds Lausitz einzusetzen.

Ferner wird die Landesregierung gebeten, Kontakt mit dem Freistaat Sachsen aufzunehmen, um ein gemeinsames Gremium mit den betroffenen Landkreisen Bautzen, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse und die Stadt Cottbus zu bilden. Dieses soll auf Basis der Vorarbeiten der Strukturkommission des Bundes entsprechende Kernpunkte für einen Vertrag über die Einrichtung eines Strukturwandelfonds Lausitz erarbeiten. Der Vertrag könnte sich anlehnen an das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Hauptstadtbeschluss und dem Umzug von Parlament und Teilen der Bundesregierung von Bonn nach Berlin infolge der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1994.

Einsetzung eines Steuerungskreises – Priorisierung und Operationalisierung von Strukturwandelprojekten

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Steuerungskreis einzuberufen, der mit der Erstellung einer Masterplanung für den Transformationsprozess der Lausitz beauftragt wird. Dieser Masterplan soll wesentliche Ziele und Maßnahmen für eine erfolgreiche Transformation der Region enthalten. Gemeinsam mit den Akteuren in der Lausitz sollen an Hand zukunftsfähiger Kriterien Projekte priorisiert und bei der Entwicklung zur Finanzierungsreife unterstützt werden. Der Transformationsprozess ist zunächst auf mindestens 10 Jahre anzulegen.

Wichtige Anregungen zur Untersetzung des Strukturwandels für einen solchen Masterplan finden sich in den zahlreichen Vorschlägen verschiedener Akteure aus der Lausitz – wie der IHK, der WRL, der IRL, der BTU, Städten und Gemeinden, der Lausitzrunde u. a. Einige davon haben bereits Eingang gefunden in die sogenannte Großräschen-Liste von sächsischer und Brandenburger Landesregierung. Zudem wurden von Landtagsfraktionen entsprechende Vorschläge erarbeitet / dem Parlament vorgelegt. Eine systematische Aufstellung hierzu hat der Think Tank Agora Energiewende in dessen Impulspapier „Eine Zukunft für die Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das Lausitzer Braunkohlerevier“ veröffentlicht.

Integrativer Leitbildprozess

Um den Strukturwandel umfassend und positiv zu begleiten, wird die Landesregierung gebeten, einen transparenten, offenen und umfassenden Leitbildprozess anzustoßen und bei dessen Durchführung unterstützend zu wirken. Dabei sollten die Bevölkerung insgesamt, die zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure und nicht zuletzt die

Kommunalpolitiker*innen mitgestalten und ihre Vorstellungen über Zielstellung, Kriterien und Ausrichtung des Strukturwandels einbringen können.

In den letzten Jahren war die Auseinandersetzung um Zukunft und Ende der Braunkohleverstromung in der Lausitz Anlass für zum Teil heftige, bis in die Familien hineinreichende Kontroversen. Mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung beim kohleausstiegsbedingten Strukturwandel besteht die Chance und zugleich große Herausforderung, Gräben zu überwinden und gemeinsam einen identitätsstiftenden Blick nach vorne zu entwickeln.

Die Landesregierung ist aufgefordert, diesen Prozess als Scharnier zwischen Bund und Region konstruktiv – insbesondere auch durch entsprechende Prioritätensetzung bei der Arbeit des Steuerungskreises – zu unterstützen.

Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen durch Einrichtung einer Stiftung Lausitz

Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es als weitere Säule die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Strukturwandelgestaltung. Kommunale Initiativen, Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu steigern – sowohl für die eingesessene Bevölkerung als auch für potenzielle Neuankömmlinge, die in der Lausitz nicht nur arbeiten, sondern auch leben wollen. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als Fördermittelgeber und Berater.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für die Einrichtung und hinreichende finanzielle Ausstattung einer Stiftung Lausitz einzusetzen.